

# B3

INSTITUT FÜR BERATUNG,  
BEGLEITUNG UND BILDUNG e.V.

## DOCH, ES GIBT PROBLEME...!

Handlungsempfehlungen zum  
Umgang mit urbaner Gewalt

Abschlussbericht des Modellprojekts  
*Urbane Gewalt*

# DOCH, ES GIBT PROBLEME...!



Handlungsempfehlung zum Umgang mit urbaner Gewalt  
Abschlussbericht des Modellprojekts  
BP1301 „Urbane Gewalt“

Herausgegeben vom Institut für Beratung,  
Begleitung und Bildung e.V.

# VORWORT



## Sehr geehrte Damen und Herren, liebe Leserinnen, liebe Leser,

Sie haben jetzt diese Broschüre zur Hand genommen. Sind Sie einfach nur neugierig, was es mit dem provokanten Titel auf sich hat? Suchen Sie Rat in einer verfahrenen Situation? Was kann diese Publikation schon mit Ihnen zu tun haben?

Der Titel dieser Broschüre kommt irritierend daher, nimmt er doch eine Relativierung und Leugnung vorhandener Konflikte bereits vorweg. Und doch ist es gerade diese Beobachtung, die wir mit dem Institut B3 e. V. als Träger der mobilen Beratung oft machen: Erst in der Anerkennung der unterschiedlichen Wahrnehmung aller beteiligten Interessensgruppen, im proaktiven Ansehen von möglichen Konflikten liegt die Chance einer konstruktiven Lösung. Dabei ist es egal, ob es sich um Konflikte in der Familie, der Kommune, der Schule oder dem Verein handelt. Dieses Prinzip greift überall. Wir als „B3“ werden meist dann angefragt, wenn es zu offenen Zerwürfnissen gekommen ist. Wenn das Kind sprichwörtlich bereits in den Brunnen gefallen ist. Wenn eine Perspektiverweiterung durch eine externe Beratung, Begleitung oder Moderation nötig wird.

Diese Situationen sind nicht ohne Vorgeschichte. Ihnen geht eine meist lange, manchmal kurze Zeit der Zuspitzung des Konfliktes voran, in der die gängigen Muster der Kompromissfindung nicht gegriffen haben. Das ist menschlich. Und trotzdem erfordert dieses Eingeständnis Offenheit und Mut auf dem Weg, den Dialog auf Augenhöhe neu zu suchen.



Es ist uns ein besonderes Anliegen, die Prozesse und Perspektiven in den sozialen Gruppen nachhaltig so zu beraten, dass diese auch zukünftig auf friedliche und demokratische Weise ausgehandelt werden. Kein menschliches Miteinander, kein ernsthafter Interessenabgleich verläuft konfliktfrei. Der Kernpunkt des guten Miteinanders ist, auf welche Art und Weise – wie wertschätzend und empathisch – die Konflikte verhandelt werden. Dazu gehört das Anerkennen der unterschiedlichen Wahrnehmung von Problemen. Verwerfungen anzuschauen, statt sie zu ignorieren.

In diesem Geist versteht sich die Arbeit des Instituts B3 e. V., versteht sich diese Broschüre, die zugleich unsere Erfahrungen im Bundesmodellprojekt „Urbane Gewalt“ bündelt und zusammenfasst.

Wir möchten Ihnen Mut machen, die Dinge in Ihrem Umfeld anzupacken. Und die beste Nachricht dabei ist: Sie müssen da nicht alleine durch!

**Bernd Stracke**, Geschäftsführer Institut B3 e. V.  
**Ulrike Geisler**, Projektleiterin „Urbane Gewalt“

# INHALT

|                                                                                                                 |           |
|-----------------------------------------------------------------------------------------------------------------|-----------|
| <b>Kommunale Konzepte zur Prävention urbaner Gewalt – Ein internationaler Vergleich. . . . .</b>                | <b>4</b>  |
| <b>Wie wird Prävention weltweit verstanden und umgesetzt? – Eine Auswahl von Fallbeispielen . . . . .</b>       | <b>6</b>  |
| <b>Städtische Gewalt: Historische und internationale Erfahrungen. Vortrag Prof. Dr. Frank Eckardt . . . . .</b> | <b>10</b> |
| <b>Modellprojekt „Urbane Gewalt“ . . . . .</b>                                                                  | <b>18</b> |
| <b>Handlungsempfehlungen 1–5 . . . . .</b>                                                                      | <b>20</b> |
| <b>Das Institut B3 . . . . .</b>                                                                                | <b>30</b> |
| <b>Danksagung . . . . .</b>                                                                                     | <b>32</b> |
| <b>Impressum . . . . .</b>                                                                                      | <b>32</b> |

# KOMMUNALE KONZEPTE ZUR PRÄVENTION URBANER GEWALT – EIN INTERNATIONALER VERGLEICH



**PD Dr. Nils M. Franke** ist Historiker, Kommunikationswissenschaftler und Privatdozent für Kulturwissenschaften an der Universität Leipzig. Er war von 1998 bis 2005 Leiter des Archivs zur Geschichte des Naturschutzes in Deutschland. Von 2002 bis 2004 war er Mitglied des Beirats der Deutschen Bundesstiftung Umwelt zur digitalen Erfassung des Eco-Archivs. Seit 2005 leitet er das Wissenschaftliche Büro Leipzig.

Institut B3 e. V. (Hg):  
„Kommunale Konzepte zur Prävention urbaner Gewalt – ein internationaler Vergleich“ (in Kooperation mit dem Wissenschaftlichen Büro Leipzig, PD Dr. Nils Franke), Dresden, 2019.

Sicherheit ist ein zentrales, wenn nicht das zentrale Versprechen, das eine Gemeinschaft ihren Mitgliedern gibt. Der kollektive Zusammenschluss soll die Verwundbarkeit des Einzelnen vermindern. Sicherheit gilt außerdem als Basis für grundlegende ausdifferenzierte Gesellschaftsbereiche wie z. B. Wirtschaft oder Verkehr. Sie ist ein Grundbedürfnis aller Menschen. Doch die Bewältigung selbst dieser fundamentalen Anforderung hat in den unterschiedlichen Staaten der Erde und ihren kulturellen Räumen aus deren Entstehung heraus zu unterschiedlichen Ansätzen, Strukturen und Methoden geführt. Das zeigt die Untersuchung der zehn deutschen, fünf europäischen und fünf außereuropäischen Großstädte deutlich.

Im Gegensatz zu dem aus internationaler Perspektive differenten Zugang zum Thema Sicherheit hat sich jedoch auch ein einheitlicher Gesichtspunkt durchgesetzt. Die Sanktion von urbaner Gewalt durch die Ordnungskräfte allein wird als ungenügendes Rezept begriffen. Prävention als Mittel zur frühzeitigen Vermeidung von Gewalt ist in allen untersuchten Kommunen unbestritten. Es geht darum, dass polizeiliche Kräfte durch soziale Akteure im weitesten Sinne unterstützt werden. Das können Sozialarbeiter, aber auch Wissenschaftler oder Architekten sein.

Als weiterer gemeinsamer Punkt ist die Dynamik der Konzepte festzustellen. Urbane Gewalt kann in unterschiedlichen Qualitäten und Quantitäten, zeitlich und räumlich divergierend auftreten. Die Kommunen reagieren darauf, haben Erfolge oder Misserfolge zu verzeichnen und passen dann ihre Kräfte, Methoden und Ansätze an.

Und sie vernetzten sich. Prävention urbaner Gewalt ist ein Thema, das viele Kommunen betrifft. Die Ergebnisse dieser Studie zeigen, dass die Kommunen offenbar verstanden haben, dass der Austausch von Wissen darüber Vorteile für alle Seiten bietet.

## Besonderheiten der Bundesrepublik Deutschland

Deutschland besitzt eine föderale Struktur, die in ihrer Entstehung auf die Gründung der Bundesrepublik Deutschland 1949 zurückgeht. Das Deutsche Reich als Zentralstaat wurde abgeschafft, um eine Wiederholung des Nationalsozialismus zu vermeiden. Das betraf auch den Polizeiapparat. Die Erfahrungen mit der in Berlin zentralisierten Geheimen Staatspolizei (Gestapo) zwischen 1933 und 1945 führten bei den Alliierten zur Entscheidung, die Hauptkräfte der Polizei rechtlich in die Hände der Bundesländer zu geben. Für die Kommunen, die in unserem Zusammenhang interessieren, bedeutet das, dass sie nicht über eine eigene Polizei verfügen, sondern sich mit den Länderpolizeien abstimmen müssen, um in der Prävention urbaner Gewalt erfolgreich zu sein. Umgekehrt haben die Länderpolizeien ein Interesse, mit den Kommunen zusammenzuarbeiten, denn jede vermiedene Straftat erleichtert ihnen die Arbeit.

Aufgrund dieser strukturellen Gegebenheiten entwickelten sich in Deutschland seit den 1990er Jahren Präventionsräte, die zwar in den einzelnen Städten unterschiedliche Bezeichnungen, Zusammensetzungen in Bezug auf ihre Mitglieder, Methoden im Vorgehen usw. haben. Strukturell jedoch arbeiten sie sehr ähnlich.

Umstehend wird eine Auswahl der untersuchten Städte der Studie steckbriefartig vorgestellt. Dabei werden die Besonderheiten der Kommunen sowie das zugrundeliegende Konzept von kommunaler Prävention kurz angemerkt. Die gesamte Studie mit Hinweisen auf Literatur und Quellenbezügen zur kommunalen Prävention in den einzelnen Kommunen erhalten Sie als Broschüre über das Institut B3 e. V. unter [info@institut-b3.de](mailto:info@institut-b3.de). Sprechen Sie uns an!

# WIE WIRD PRÄVENTION WELTWEIT VERSTANDEN UND UMGESETZT?

– EINE AUSWAHL  
VON FALLBEISPIELEN

01 CHICAGO  
USA / ILLINOIS

02 TORONTO  
KANADA / ONTARIO

04 MEDELLIN  
KOLUMBIEN / ANTIOQUIA

03 GLASGOW  
VEREINIGTES KÖNIGREICH / SCHOTTLAND

07 LONDON  
VEREINIGTES KÖNIGREICH / ENGLAND

05 PARIS  
FRANKREICH / ÎLE-DE-FRANCE

10 BERLIN  
DEUTSCHLAND / BERLIN

06 FRANKFURT A. MAIN  
DEUTSCHLAND / HESSEN

11 ZÜRICH  
SCHWEIZ / ZÜRICH

09 CHEMNITZ  
DEUTSCHLAND / SACHSEN

08 DÜSSELDORF  
DEUTSCHLAND / NORDRHEIN-WESTFALEN

12 JOHANNESBURG  
SÜDAFRIKA / GAUTENG

6

7

01 |

**CHICAGO**  
USA / ILLINOIS**BEVÖLKERUNG:** 2.722.000 (2014)**PRÄVENTIONSKONZEPT**

- „Office of Violence Prevention“ in Verantwortung des Gesundheitsbereiches: Chicago Departement of Public Health
- **Schwerpunktt Themen:** Angebot entsprechender Workshops und Vernetzung von staatlichen, administrativen und sozialen Akteuren

**BESONDERHEIT**

- Schwerpunkt Primärprävention, sehr weit gefasstes Verständnis von Prävention
- Übergeordnete Struktur wenig Plancharakter, ergibt sich aus Zusammenspiel der Akteure: „Public Safety Consortium“

02 |

**TORONTO**  
KANADA/ONTARIO**BEVÖLKERUNG:** 2.615.000 Einwohner (2011)**PRÄVENTIONSKONZEPT**

- „Focus-Konzept“: „Furthering Our Community by Uniting Services“ (FOCUS) – wöchentliche Treffen eines „Runden Tisches“ zur Festlegung und Absprache von Maßnahmen in den vier Risikodistrikten mit sofortiger Umsetzung
- Lenkungsgruppe dominiert von Polizei, enge Kooperation mit Verwaltung und Sozialpartnern

**BESONDERHEIT**

- Stark strukturiertes Vorgehen im Bereich Prävention
- Gewalt als Risiko für die gesamte Gemeinschaft, die gemeinsames Vorgehen erfordert

03 |

**GLASGOW**  
UK / SCHOTTLAND**BEVÖLKERUNG:** 626.000 Einwohner (2018)**PRÄVENTIONSKONZEPT**

- „Violence Reduction Unit“ seit 2006 als nationale Einrichtung
- 2007 Entwicklung Zehnjahresplan, Novellierung 2017
- Prinzip „Werkzeugkasten“: Pragmatische punktuelle Ansätze der Prävention fragen danach, welches Instrument im entsprechenden Einzelfall am zielführendsten ist

**BESONDERHEIT**

- Anfang 2000er Jahre Glasgow als Stadt mit einer extrem hohen Mordrate
- **Schwerpunkte** u. a.: Kampf gegen Bandenkriminalität (seit 2008), Integratives Projekte gegen Gewalt an Schulen (seit 2014), Sicherheit des öffentlichen Raums

04 |

**MEDELLÍN**  
KOLUMBIEN / ANTIOQUIA**BEVÖLKERUNG:** 2.550.000 Einwohner (2019)**PRÄVENTIONSKONZEPT**

- „Seit Anfang 2000er: Rahmenprojekt „social urbanism“
- Ziel: Würdevolle Lebensbedingungen und Verminderung der ökonomischen Ungleichheit der Bevölkerung
- Kriminalitätsprävention integraler Bestandteil des „Plan de desarrollo ‚medellín cuenta con vos‘ 2016 – 2019“

**BESONDERHEIT**

- Maßnahmen sind: Verbesserung der Infrastruktur für die Stadt, um Segmentierung der Viertel zu überwinden
- Hochbahnsysteme ermöglichen Bewohnern armen Außenviertel, auf sicherem und schnellem Wege über die Dächer der Stadt die bessere medizinische Versorgung im Zentrum zu erreichen
- Einrichtung von „Library Parks“: öffentliche Räume mit Bibliotheken, Krippen, Vortragsräumen, Verwaltungsangebote in den Armenvierteln

05 |

**PARIS**  
FRANKREICH / ÎLE-DE-FRANCE**BEVÖLKERUNG:** 2.141.000 Einwohner (2016)**PRÄVENTIONSKONZEPT**

- „Contrat Parisien de Prévention et de Sécurité“ seit 2009 für Kerngebiet (Stadtbereich Paris) – das umgebende Metropolgebiet davon nicht berührt
- **Hauptthemen:** Sicherheit und Kriminalprävention, Opferhilfe, Eindämmung Drogenproblematik, Sektenbekämpfung und Prävention im Bereich Gewalt gegen Frauen

**BESONDERHEIT**

- Zentrale Organisation der Präventionspläne für Frankreich von Hauptstadt aus

06 |

**FRANKFURT A. MAIN**  
DEUTSCHL. / HESSEN**BEVÖLKERUNG:** ca. 753.000 Einwohner (2018)**PRÄVENTIONSKONZEPT**

- Sicherheitskonzept nicht anlassbezogen 1996 entwickelt
- Starke lokale Präsenz in einzelnen Stadtteilen (18 regionale Präventionsräte)

**BESONDERHEIT**

- Anpassung des Sicherheitskonzepts 1997 durch medial präsenten Gewaltvorfall im öffentlichen Raum
- Entwicklung des Programms „Gewalt-Sehen-Helfen“ – praxisnahe Konzepte

07 |

**LONDON**  
UK / ENGLAND**BEVÖLKERUNG:** 8.909.000 Einwohner (2018)**PRÄVENTIONSKONZEPT**

- Nach Glasgower Vorbild: Einrichtung einer „Violence Reduction Unit“ (Ansatz: Kriminalität als Problem des Gesundheitswesens) – Zusammenarbeit von Verwaltung, Polizei, lokalen Autoritäten, Jugendfürsorge, Gesundheitsdienst und Gerichten
- Implementierung in neues, komplexeres strategisches Sicherheitskonzept bis 2023

**BESONDERHEIT**

- Bisher hauptsächlich Wirken von spezielle Einsatztruppe (ca. 300 Personen), die sich auf Hotspots der Stadt konzentriert
- „Violence Reduction Unit“ soll komplexeren Zugang zu Phänomen ergänzend dazu ermöglichen

08 |

**DÜSSELDORF**  
DEUTSCHL. / NORDRHEIN-WESTF.**BEVÖLKERUNG:** 619.000 Einwohner (2018)**PRÄVENTIONSKONZEPT**

- Kriminalpräventiver Rat als Arbeitskreis „Vorsorge und Sicherheit“ 1994 gegründet
- „Düsseldorfer Weg“, d. h. Fachleute der Arbeitsebene sind vertreten sowohl Bedienstete der Stadt als auch zivilgesellschaftliche Akteure

**BESONDERHEIT**

- Thematisch breite Aufstellung der Fachgruppen („Extremismusprävention“ bis hin zu „Städtebaulicher Kriminalprävention“)
- Starker Fokus auf präventive Hilfsangebote

09 |

**CHEMNITZ**  
DEUTSCHLAND / SACHSEN**BEVÖLKERUNG:** ca. 247.000 Einwohner (2018)**PRÄVENTIONSKONZEPT**

- Novellierung Sicherheitskonzept 2016
- Kriminalpräventiver Rat der Stadt als Moderator zwischen beteiligten Akteuren, Der Kommune, der Landespolizei und der Bundespolizei

**BESONDERHEIT**

- durch anlassbezogene rechtsextremistische Demonstrationen in den letzten Jahren in den Fokus gerückt
- **Schwerpunktt Themen:** Innenstadt, sozialgefährdete Personengruppen sowie Sauberkeit im öffentlichen Raum

10 |

**BERLIN**  
DEUTSCHL. / BERLIN**BEVÖLKERUNG:** 3.645.000 Einwohner (2018)**PRÄVENTIONSKONZEPT**

- Seit 1994 Gremium auf Staatssekretärs Ebene zur Gewaltprävention
- Heute: Landeskommision Berlin gegen Gewalt

**BESONDERHEIT**

- In den letzten Jahren Erweiterung des Schwerpunktes von Suppression auf Prävention
- Seit 2017 dominiert kiezorientiertes Konzept, das die Besonderheiten der einzelnen Stadtviertel berücksichtigt

11 |

**ZÜRICH**  
SCHWEIZ / ZÜRICH**BEVÖLKERUNG:** 409.000 Einwohner (2017)**PRÄVENTIONSKONZEPT**

- Sicherheitsdepartement mit Unterabteilungent
- „strategischer Plan des Sicherheitsdepartements 2019“ im Rahmen der Weiterentwicklung der Stadt bis 2035
- **Schwerpunktt Themen** sind u. a. sichere Verkehrskonzepte (Radfahrer), Verbesserung Polizeiarbeit, Gewaltprävention im Sport sowie Verbesserung der Attraktivität der Berufe im Bereich Sicherheit

**BESONDERHEIT**

- Zürich gilt als eine der „sichersten Städte der Welt“
- Ziel der Maßnahmen ist die zukunftsorientierte Entwicklung der Stadt, v. a. hinsichtlich empfundenem Fachkräftemangel sowie Cybersicherheit

12 |

**JOHANNESBURG**  
SÜDAFRIKA / GAUTENG**BEVÖLKERUNG:** 4.435.000 Einwohner (2011)**PRÄVENTIONSKONZEPT**

- „Prävention urbaner Gewalt“ als ein Hauptziel des städtischen Entwicklungsplanes
- Schaffung rudimentärer Grundzüge urbaner Sicherheit: Stärkung Polizeistreifen, Durchsetzung von Recht und Ordnung, Abmilderung von Katastrophenschäden, Organisation Rettungsdienst und Feuerwehr

**BESONDERHEIT**

- Gravierende Auswirkungen des Klimawandels: Starkregenereignisse, Überflutungen und Tornados, v. a. in Armenvierteln der Stadt
- Umfangreiche Anti-Korruptionsstrategie

# STÄDTISCHE GEWALT: HISTORISCHE UND INTERNATIONALE ERFAHRUNGEN

VORTRAG  
PROF. DR. FRANK ECKARDT,  
BAUHAUS UNI WEIMAR

**Frank Eckardt** wurde 1967 in Gelsenkirchen geboren und ist bereits seit zwanzig Jahren in der Bauhaus-Universität Weimar tätig. Schon als Wissenschaftlicher Mitarbeiter zog es ihn in den Fachbereich Stadtsoziologie. Im Jahr 2002 promovierte Herr Eckardt als Doktor der Wirtschafts- und Sozialwissenschaften in Kassel. In den folgenden Jahren lehrte er neben seiner Tätigkeit an der Bauhaus-Universität in Paris und Frankfurt. Seit 2009 ist er wieder ausschließlich in Weimar tätig und leitet heute die Professur für Sozialwissenschaftliche Stadtforschung.



„Wir beschäftigen uns mit der Frage: Was trägt der Stadtraum in seiner baulichen und seiner gesellschaftlichen Verfassung dazu bei, damit diese Gewalt überhaupt entsteht?“

natürlich für den Terrorismus. All das spielt mit ein und kann übergehen zu städtischer Gewalt, etwa zu Bandenkriegen oder zu politischer Gewalt. Aber im Grunde meinen wir das nicht in erster Linie, wenn wir von städtischer Gewalt reden.

Städtische Gewalt wird in der disziplinären Verortung der Kriminologie als Konfrontationsgewalt bezeichnet. Die Sozialpsychologie hingegen geht von gruppenorganisierter Gewalt aus, d. h. bestehende Gruppen organisieren sich in irgendeiner Weise gewalttätig. Nehmen wir beispielsweise rechtsextreme Gruppen, die sich verabreden, um einen gezielten Angriff vorzunehmen. Das ist eine Art und Weise, urbane oder städtische Gewalt zu definieren oder zu verstehen. In der Extremismusforschung wird das manchmal dann auch als präpolitische Gewalt oder präpolitischer Aufstand bezeichnet.

Unser Ansatz in der Stadtsoziologie ist indes ein anderer. Wir beschäftigen uns mit der Frage: Was trägt der Stadtraum in seiner baulichen und seiner gesellschaftlichen Verfassung dazu bei, damit diese Gewalt überhaupt entsteht? Ich unterrichte in Weimar im Bereich Stadtplanung, die sich vor allem mit der Frage beschäftigt, wie wir die Städte planen, bauen und gestalten müssen, damit möglichst keine städtische Gewalt auftritt. Und da muss man natürlich unterscheiden: Was meint man hier? Meint man das Sicherheitsgefühl oder meint man tatsächlich Gewalt? Wenn wir in der Stadtsoziologie von Gewalt reden, dann meinen wir tatsächlich eine Gewalt, die sich aus einer räumlichen Konstellation ergibt. Das heißt in der Regel: in irgendeiner Form von Nähe, etwa durch Versammlungen oder anderen Arten von Zusammenkünften, die vielleicht ohne Gewalt anfangen, die auch nicht potentiell gewalttätig intendiert waren oder zumindest nicht von den meisten, die daran teilnehmen. Und die sich dann

Was ist städtische Gewalt in der Stadtforschung? Was verstehen wir darunter? Was ist eigentlich der Zusammenhang zwischen der modernen Stadt und dem Phänomen Gewalt? Wissenschaftliche Studien setzen voraus, die Gegenstände möglichst präzise abzugrenzen von anderen Phänomenen. Denn nur so, durch den eingegrenzten Gegenstands- und Untersuchungsbereich stellt man sicher, dass auch alle über dasselbe reden. Und deswegen sage ich erstmal, was aus meiner Sicht das Phänomen städtische Gewalt nicht ist. Städtische Gewalt ist keine organisierte Kriminalität. Es ist kein Terrorismus, kein Bandenkrieg, auch keine politische Gewalt und, ja, es sind auch keine Demonstrationen.

Die Frage ist: Was ist es dann? Natürlich kann man viele Dinge im Einzelfall nicht glasklar voneinander trennen und jede städtische Gewalt stellt in irgendeiner Form auch Kriminalität dar, aber sie wird nicht mit dem konkreten Ziel einer kriminellen Handlung ausgeführt. Kriminalität ist mehr als Gewalt und Kriminalität kann sehr, sehr vieles sein. Das gilt

„Das funktioniert alles sehr gut – solange niemand aus Versehen über diese imaginierte Linie schwimmt, wie es dann im Juli 1919 passiert ist. Ein wohl 19-jähriger junger Mann ist von der schwarzen auf die weiße Seite des Sees geschwommen, wurde aus dem Wasser gezogen und gesteinigt.“

aber verselbstständigt und eine eigene Dynamik entwickelt, die dazu führt, dass Gewalt auftritt. Genau diese Gewalt ist allerdings konstitutiv im Sinne einer sozialen Funktion. Diese Funktion bedeutet in der Regel, dass sich durch die Gewalt Gruppen bilden.

12 Und die Gruppenbildung ist es, die sichtbar wird. Plötzlich entsteht ein schwarzer Block, der sich auch gewalttätig organisiert. Die Teilnehmer haben sich nicht vorher alle gekannt. Sie haben sich auch nicht vorher schon verabredet – das gibt es natürlich auch. Aber das meinen wir nicht unbedingt. Wir meinen die Frage, wie entsteht diese Gewalt, wenn sich eigentlich viele an einem Ort befinden, die vorher nicht vorhatten, Gewalt auszuüben. Es gibt Befragungen, die herausfinden konnten, dass viele, die daran teilgenommen haben, morgens noch nicht wussten, dass sie abends diese gewalttätigen Ausschreitungen unterstützen würden. Historisch gesehen ist der Zusammenhang zwischen Stadt und Gewalt nichts Neues.

### Historische Beispiele: Boston und Chicago

Man kann sagen, wenn Sie die ganze Geschichte von Städten durchgehen, werden Sie schon im Römischen Reich dieses Phänomen finden. Aber, wenn wir auf die moderne Stadt schauen, auf die moderne Großstadt insbesondere, dann sehen wir eine immer wiederkehrende Erscheinung: Die Dynamik von ebendieser sozialen Gewalt, wie sie der amerikanische Historiker Jack Tager bezeichnet hat. Er untersuchte die Stadtgeschichte Bostons bis 300 Jahre zurück mit der Frage, gibt es eine Art Regel, oder eine Art Gesetz, wie sich diese Dynamik entwickelt und wer nimmt daran teil? Seine These war, dass es in erster Linie Leute sind, die sich in irgendeiner Weise machtlos und benachteiligt fühlen. Machtlosigkeit und

Benachteiligung ist also das Grundgefühl von Menschen, die sich tatsächlich in Situationen, die potentiell gewalttätig sein können, dann auch mit Gewalt äußern. Benachteiligungen sind quasi der soziale gesellschaftliche Grundboden, der die Machtlosigkeit erzeugt und paradoxerweise aber die Situation nicht in Frage stellt.

Die Gewalt tritt auf, sie geht wieder, die Benachteiligungen bleiben und die Machtlosigkeit bleibt auch. Wirklich erforscht wurde städtische Gewalt erst Anfang des 20. Jahrhunderts. Und die Stadt, die dafür am ehesten in Frage kam, war Chicago.

In Chicago wurde 1892 das erste Institut für Soziologie weltweit gegründet und relativ schnell mit der Frage konfrontiert: „Wie entsteht die Gewalt in Chicago?“ Die Soziologen aus dieser Zeit haben sich mit der Entwicklung der Stadt beschäftigt. Chicago war 1860 ein Dorf mit 6.000 Einwohner. 1890 lebten dort bereits drei Millionen Menschen. Jedes Jahr kamen Hunderttausend neue Migrantinnen und Migranten dazu. Die Frage war, wie organisiert sich so eine Stadt und wie kann der Zusammenhang zwischen Stadtentwicklung, Einwanderung und Gewalt erklärt werden?

Die Wissenschaftler hatten folgendes Modell aufgestellt: Stadtentwicklung vollzieht sich von innen nach außen. Einwanderer siedeln sich in der Regel, relativ nahe am Stadt-Zentrum an. Im Zentrum der Stadt gibt es viele Möglichkeiten, in irgendeiner Weise eine Arbeit aufzunehmen oder Handel zu betreiben. Sie leben aber in einer Zone, die sie auch wieder verlassen können, wenn es ihnen gelingt, in der Stadt Fuß zu fassen. Sie kommen also erstmal in Little Italy oder Little Sicily unter, wo sie mit den Landsleuten italienisch reden können und die ihnen dann irgendwo einen Job vermitteln. Danach

gelingt es ihnen, in die nächste Zone umzuziehen. Das ist dort, wo sich die Arbeitersiedlungen etwa von Schlachthöfen oder Stahlwerken befinden. Und wenn es schließlich weitergeht, wenn man Geld gespart hat, dann baut man sich irgendwann in der Suburbia seinen Bungalow und auf diese Art und Weise macht man Platz für die nächsten Einwanderer. Wenn es bessergeht, wenn es keine Barrieren gibt, dann schreibt der sizilianische Einwanderer nach Hause: „Es kann wieder jemand kommen, ich habe wieder Platz frei.“ Und es kommt der nächste. Und über 30 Jahre gesehen, wuchs Chicago auf diese Art und Weise von innen nach außen.

In besonderer Weise auffällig war der sogenannte Black Belt, also dort, wo die Afro-Amerikaner aus dem Süden der USA angekommen sind. Denn dieser blieb, der löste sich nicht auf. Und das führte natürlich zu der Frage: Warum löst sich das nicht auf, wie das bei allen anderen Gruppen zu beobachten war, etwa bei den Italienern?

In Chicago gab es zu der Zeit keine Segregationsvorschriften wie im Süden Amerikas, wo man sagen konnte, der Schwarze hat gar nicht das Recht, beispielsweise eine eigene Wohnung zu mieten, sondern das war alles imaginiert, unsichtbar und jeder wusste, wo er sein muss und sein darf. Chicago hat einen sehr schönen Strand. Das heißt, die Weißen hatten ihren Strand und die Schwarzen hatten ihren. Ohne, dass es dazu irgendeine Regel gab. Man wusste das. Man hatte es sozusagen im Raum gelernt. Das funktioniert alles sehr gut – solange niemand aus Versehen über diese imaginierte Linie schwimmt, wie es dann im Juli 1919 passiert ist. Ein wohl 19-jähriger junger Mann ist von der schwarzen auf die weiße Seite des Sees geschwommen, wurde aus dem Wasser gezogen und gesteinigt. Die Polizei stand dabei und sah zu. Als dann Schwarze eingreifen wollten, um den Jungen zu retten, wurden die Schwarzen verprügelt und verhaftet. Daraufhin folgten die schwersten Unruhen in Chicago bis dahin. Fünf Tage lang Gewalt mit über 40 Toten, hunderte Verletzte, Verhaftete und die Stadt war so geschockt, wie es bislang nicht der Fall gewesen war. Man fragte sich: Wie können wir diese Gewalt verhindern?

Es wurde eine Kommission aus Polizei und Stadtsoziologen aus Chicago eingesetzt. Man hat sich mit allen möglichen Dingen beschäftigt, weil man sehr schnell feststellte, wenn man diese Gewalt verhindern will, reicht es nicht, allein auf

die konkrete Situation zu schauen. Im Grunde ging es darum, Faktoren zu erkennen, die dazu führen, dass die Segregation zwischen Weißen und Schwarzen überhaupt stattfindet und dass diese Raumgrenzen da sind. Welche Faktoren sind es, die die Gewalt befördern und erst möglich machen? Ein wichtiger Aspekt ist die Wohnsegregation, dass die Schwarzen aus dem Black Belt nicht herauskommen. Zu dessen Überwindung müssen sie zwangsläufig die Grenzen überschreiten und die Segregation führt dazu, dass man in Gebiete kommt, wo man eigentlich nicht willkommen ist. Dazu gehört auch die wirtschaftliche Benachteiligung. Weil man segregiert ist, kann man nicht in bestimmten Bereichen arbeiten. Die Entfernungen sind viel zu weit. Man kann nicht in den lukrativen Bereichen arbeiten, wenn man keine Wohnung in halbwegs erreichbarer Nähe hat. Dazu gehört aber auch die öffentliche Meinung, die sehr vorurteilsbelastet war. Und dazu gehört letztendlich die Bildung. Die Empfehlung der Polizei und der Soziologen war dann die schlichte Aufforderung zur gegenseitigen Toleranz. Das war gut gemeint, aber in diesem Sinne nicht sehr substantiell. Aber sie kamen auch zu dem Punkt, dass die Segregation der Schwarzen aufgehoben werden muss. „Promote their own social and economic development“, hieß dann die Devise, also die eigene soziale und ökonomische Entwicklung stärken, denn ohne dem wird man diese Gewalt im Grunde nicht verhindern können.

Diese Forschung aus den 1920er Jahren sind in den USA eigentlich zum Standard geworden. Die größte Studie zu dem Thema ist in den 1980er Jahren von William Julius Wilson gemacht worden. Er hat im Grunde die gleichen Ursachen benannt, die gleichen Empfehlungen formuliert. Der Süden der Stadt von Chicago ist nach wie vor der Ort mit den höchsten Gewalttaten, mit der höchsten Arbeitslosigkeit und mit der größten Segregation. Das hat sich im Grunde seitdem nicht geändert. Der Befund, dass es nicht anders geht, als Segregation und Benachteiligungen zu verhindern, hat sich damit durch die Forschung in den letzten 60 Jahren immer und immer wieder bestätigt. Getan wurde allerdings bisher wenig.

Ich möchte Ihnen noch eine weitere Art und Weise, städtische Gewalt zu verstehen, zu beobachten und zu erklären, vorstellen, die in den letzten Jahren verstärkt in der Stadtsoziologie eine Rolle spielt. Es handelt sich um Forschungen, die insbesondere auf einen Historiker namens E. P. Thomson, der über Gewalt in Kleinstädten des 19. Jahrhunderts forschte,

zurückgehen. Seine Beobachtung ist, dass es immer dann zu Gewalt in den Städten kommt, wenn es Unterschiede in der so genannten moralischen Ökonomie gibt. Er meint damit, dass sich beispielsweise Leute im 19. Jahrhundert organisiert haben, wenn sie der Meinung waren, die Preise seien nicht fair. Sie arbeiten als Bäcker, als Müller, et cetera. Sie bekommen einen Lohn für ihre Arbeit, aber nicht den Lohn, den sie eigentlich bräuchten, um ein halbwegs anständiges Leben zu führen. Das heißt, sie haben ein Verständnis von Fairness, was eigentlich der Preis ihrer Arbeit ist, oder was sie dafür bekommen sollten, und den sie aber de facto nicht bekommen.

Wir haben hier also eine Ökonomie, die nach den Regeln von Angebot und Nachfrage den Preis bestimmt, aber diese Ökonomie hat Konsequenzen, die von den Leuten vor Ort aus moralischen Gründen nicht akzeptiert werden. Und dieses Prinzip des Versuchs, eine eigenständige, moralische Ökonomie mit Gewalt durchzusetzen, beispielsweise durch Plünderungen, ist für Thomson das eigentliche Leitprinzip der vielen Aufstände in der Frühzeit der Industrialisierung gewesen. Er interpretiert sie als den lokalen Versuch, eigene Vorstellungen von Fairness durchzusetzen. Das heißt, was wir hier konkret sehen, ist eine Diskrepanz zwischen der sehr konkreten Vorstellung eines fairen Lohns und einem abstrakten Preisverständnis, der sich mir nicht vermittelt. Ich weiß nicht, warum das Brot, das ich gebacken habe, so viel oder so wenig wert ist. Hier müsste ich jetzt aber von demjenigen, der mir das Brot abkauft, mehr kriegen. Und diese Diskrepanz zwischen abstrakten Wertvorstellungen und meinen konkreten moralischen Wertvorstellungen ist für Thomson der Auslöser für die Aufstände im 19. Jahrhundert gewesen.

Diese Theorie hat man lange nicht beachtet. Das, was ich Ihnen über Chicago dargestellt habe, war im Grunde, und ist nach wie vor, die maßgebliche Interpretation für städtische Gewalt in der Stadtforschung gewesen. Aber in letzter Zeit gibt es Ansätze, die Erklärung Thompsons stärker wieder zu berücksichtigen. Insbesondere Arbeiten von Philip Bourgois in Amerika über die Drogenökonomie greifen diesen Aspekt auf. Die Frage ist, warum kommt es dazu, dass sich in vernachlässigten Stadtteilen Leute in die Drogenökonomie hineinbegeben? Bourgois findet viele Parallelen zu der Situation von Thomson im 19. Jahrhundert. Dazu gehört etwa, dass es sich meistens um sehr geschlossene Gesellschaften handelt. Also beispielsweise bei Thompson die Bäckerzunft, die dann zu-

sammen Gewalt ausübt. Und diese Zusammenschlüsse haben eine Form von destruktiver Solidarität. Das heißt, sie unterstützen sich nicht im Sinne von: „Wie kann ich am besten den allgemeinen Normvorstellungen von Arbeit und Preisvorstellungen von Produkten entsprechen?“, sondern umgekehrt: „Wie kann ich diese Normvorstellungen unterlaufen? Wie kann ich sie in Frage stellen und für mich nutzen?“ Interessant ist an diesem Beispiel, dass die räumliche Anwesenheit die maßgebliche Komponente ist, um diese Solidarität zu konstruieren. Ich kann diese destruktive Solidarität nur mit denen schaffen, die gerade da sind, da sich diese können einem solchen Solidaritätsanspruch nicht verweigern können. Nur wenn ich dort nicht lebe, habe ich eine Option, mich dieser Destruktion zu entziehen. Wenn ich vor Ort bin, habe ich diese Chance nicht. Ich muss mich mit dieser Frage nach: „Wie unterstützt Du mich jetzt hier in diesem konkreten Anliegen?“ Dem kann ich mich nicht entziehen. Schutz ist sozusagen der Kern dieser Solidarität. Das ist aber ein sehr reduziertes Solidaritätsverständnis und beinhaltet also kein Verständnis im Sinne beispielsweise eines Quartiersmanagements, das danach fragt, wie Du am besten persönlich Deine Karriere gestalten oder Schulerfolg haben kannst. Das ist nicht das, worum es bei destruktiver Solidarität geht, sondern es geht um reinen physischen, körperlichen Schutz.

### Gewalt in den Banlieues von Paris

Ich würde kurz auf die Erfahrungen aus Forschungen, die ich in den Zweitausender Jahren in den Banlieues von Frankreich, in den Vorstädten von Paris gemacht habe eingehen. 2005 haben in Paris die bis dato die schlimmsten Gewaltauseinandersetzungen in Frankreich stattgefunden. Nach dem Zweiten Weltkrieg wurde zum zweiten Mal der staatliche Notstand ausgerufen und die Gewalt war insbesondere in der deutschen Rezeption ein Grund gewesen, für ein die Förderung eines sozialen Stadtprogramms zu argumentieren, um „französische Verhältnisse“ zu verhindern.

Wie hat sich die städtische Gewalt in Frankreich entwickelt? Eigentlich war es eine klassische Dynamik. Drei Jugendliche versuchen, einer polizeilichen Kontrolle zu entfliehen. Zwei davon sterben, einer wird sehr schwer verletzt. Die Auseinandersetzungen eskalieren am nächsten Tag. Insbesondere, als der Vorfall bekannt wird und es zu Protesten und Gewalt gegenüber der Polizei, aber eben auch gegen allen anderen Institutionen in der Stadt, gegen Schulen, Kindergär-

„Es stellte sich heraus, dass die Behauptung, dass seien fast alles nur Kriminelle, gegen die man, wie Sarkozy das sagte, mit dem Kehrbesen durchgehen muss, dass diese Behauptung überhaupt nicht stimmt. Es waren lediglich 20 bis 25 Prozent der Teilnehmerinnen und Teilnehmer polizeibekannt.“

ten oder Krankenhäuser kommt - und das in einer massiven Form. Das hatte man in dieser Form in Frankreich schon öfter erlebt und kam immer wieder vor. Aber dieses Mal entwickelt sich eine neue Dynamik der so genannten Émeute, das ist der französische Begriff für die Gewalt in jener Zeit.

Schon am folgenden Wochenende übertrug sich diese Gewalt auf das ganze Land. Es brannte überall. In einer Nacht brannten mehr als 9.000 Autos in Frankreich, in über 200 Vorstädten. Und das hatte eine Dimension, die natürlich extrem erschreckte und die Frage war: Wie ist diese neue Dynamik entstanden? Denn die städtische Gewalt, wie man sie seit jeher kennt, also etwa wie im zitierten Beispiel Boston, war bislang immer lokal geblieben. Diesmal aber nicht. Natürlich spielen die Medien dabei eine wichtige Rolle. Der Zorn, der sich da entlud in den Vorstädten, wurde ganz schnell landesweit bekannt. Aber man muss eben auch sagen, dass die politischen Diskussionen und die politischen Stellungnahmen diese Gewalt, diese Dynamik angefeuert haben.

Der damalige Innenminister Sarkozy, der später auch Präsident wurde, hat von Anfang an die Gewalt als kriminell bezeichnet. Und diejenigen, die an den Protesten teilgenommen haben, behauptete er, seien zu 70 Prozent Kriminelle gewesen, die polizeibekannt seien. Ich habe meine Forschung zwei Jahre danach gemacht, da gab es schon die ersten Gerichtsverfahren und die ersten Auswertungen von Straftaten der Gerichte. Es stellte sich heraus, dass die Behauptung, dass seien fast alles nur Kriminelle, gegen die man, wie Sarkozy das sagte, mit dem Kehrbesen durchgehen muss, dass diese Behauptung überhaupt nicht stimmt. Es waren lediglich 20 bis 25 Prozent der Teilnehmerinnen und Teilnehmer polizeibekannt. Wobei man anmerken muss, wenn man jetzt schaut,

wer in den Banlieues polizeibekannt ist, dann sind das fast 20 Prozent der gesamten Bevölkerung. Das heißt, das entspricht genau dem, was sowieso polizeibekannt ist. Polizeibekannt heißt nicht, irgendwie angezeigt oder gerichtlich verurteilt zu sein, sondern in irgendeiner Form polizeilich kontrolliert worden zu sein. Die Daten wurden irgendwann festgehalten. Und das passiert in den Banlieues regelmäßig. Also in der Zeit, wo ich vor Ort war, wurde ich auch kontrolliert. Die Kriminalisierung, die Stigmatisierung derjenigen, die an diesen Protesten teilgenommen haben, war Teil des Problems und hat meines Erachtens diese Dynamik angestachelt. Die Frage bleibt aber: Was sind die Ursachen?

Ähnlich wie Chicago 1919 kann man das auch für die Banlieues in Frankreich diskutieren. Man muss das im Kontext der Transformation der Banlieues, von der Planung durch die moderne Stadtplanung der zwanziger Jahre bis heute anschauen. Die Banlieues waren ein Ort der Hoffnung, der Modernität, des angenehmen Lebens für die untere Mittelklasse, ein Ort, wo man modern, mit fließend Wasser, Strom und so weiter leben kann. Was man sich sehr schön vorgestellt hat. Noch 1976 waren zwei Drittel dieses Wohngebietes Einwohner mit französischer Herkunft. 1987 war es genau umgedreht. Also innerhalb von zehn Jahren ist die Population quasi ausgetauscht worden. Leute zogen aus, diejenigen, die es sich leisten konnten, sind weitergezogen. Sie haben sich in der Suburbia ihr schönes Häuschen gebaut. Der Raum der Banlieues wurde hauptsächlich für Migranten zur Verfügung gestellt, sodass die sozialen Verhältnisse, was die Bewohnerschaft betrifft, sich geändert haben.

Die französische Politik hat sehr früh auf diese Prozesse reagiert. Mit der „Politique de la ville“, wurde hierfür sogar

ein eigenes Ministerium eingerichtet, um mit diesem Problem umzugehen. Wenn man sich deren Ergebnisse heute betrachtet, muss man nüchtern konstatieren: Es hat im Kern nichts geholfen und ich würde sagen, die Politik hat weitestgehend versagt und falsche Prioritäten gesetzt. Und sie hat vor allen Dingen einen Aspekt überhaupt nicht in Betracht gezogen, nämlich dass die Banlieues ein Ort sind, wo Menschen sozialisiert werden, wo sie aufwachsen und wo sie mit Wert- und Normvorstellungen konfrontiert werden und sie sich ihrerseits neue Wert- und Normvorstellungen aneignen, die dazu führen, wie sie sich später dort verhalten werden. Die Banlieues sind der Ort, an dem insbesondere Jugendliche mit maghrebinischem Hintergrund sich Vorstellungen von gutem Leben: „Was ist richtig? Was ist falsch? Was mache ich in der Zukunft?“, machen. Und wenn man also mit diesen Jugendlichen spricht, dann merkt man schnell, dass es klare Unterschiede gibt zwischen dem, was die vorgegebenen französischen Werte sind, beispielsweise Egalität, Gleichheit und so weiter, und den Vorstellungen, die sie haben. Also die Diskrepanz, die Thomson genannt hat, zwischen den abstrakten Normen der französischen Republik und den konkreten Vorstellungen, den Normvorstellungen, die die Jugendlichen vor Ort haben, ist fundamental. Die Jugendlichen erwarten nicht, dass die abstrakten Werte Frankreichs irgendwie einlösbar sind. Und sie wollen deshalb ihre eigenen Normvorstellungen durchsetzen. Man hat ein genaues Verständnis von Fairness, Solidarität und Loyalität. Dementsprechend ist es für viele der einzige Wunsch, wenn man nicht mit diesen beengenden Vorstellungen konformgeht, einfach wegzugehen.

In diesen Orten gibt es nach wie vor aber auch noch ein Drittel der Bewohnerschaft, die von Anfang an dort gelebt haben. Das sind dementsprechend meistens ältere Leute, die mit

anderen Normen und Wertvorstellungen sozialisiert worden sind und für die zum Beispiel der Begriff des Nachbarn, *voisin*, eine besondere Bedeutung hatte. Wenn man die maghrebinschen Jugendlichen fragte, was sie unter Nachbarschaft verstehen, dann sagten sie mir manchmal, sie wüssten gar nicht, was das sein soll. „Was ist das für ein Wort?“ Konvivalität, das haben sie verstanden, aber der *voisin* war nicht bekannt. Wir haben es also de facto hier mit Norm- und Wertekonflikten zu tun, die dazu geführt haben, dass die eine Gruppen rein zahlenmäßig, aber auch physisch im Sinne von Präsenz der anderen weit überlegen ist.

### Fehlen von komplexeren Formen von Solidarität

Zusammenfassend kann gesagt werden, dass Dynamiken städtischer Gewalt immer dann anfangen, wenn komplexere Formen von Solidarität fehlen. Stattdessen herrscht eine destruktive Solidarität nach dem Motto: „Wenn ich angegriffen werde, dann musst Du dabei sein. Musst Du mit mir kämpfen. Musst Du mich schützen.“ Dieser Schutzgedanke ist eine rudimentäre, wenig differenzierte und reflektierte Form von Solidarität. Die Etablierung dieser destruktiven Solidarität beginnt mit der Sozialisation, dem Aufwachsen von Kindern und Jugendlichen. Im Kern geht es dabei immer um die Frage, bist Du für oder gegen mich? Und wenn Du für mich bist, dann musst auch, egal welche anderen Regel es sonst gibt, alles in dieser Form für mich tun. Das führt dazu, dass Präsenz und auch Körperkultur essentiell wichtig werden.

Ich muss da sein. Ich darf nicht weggehen. Wer weggeht ist der Verräter, ist derjenige, der sich hier entzieht. Der nicht loyal ist, und dass eigentlich nur das zählt, was derjenige sagt, der gerade da ist. Sobald der Polizist, der Sozialarbeiter, der Journalist weg ist, kann man die Maske fallenlassen, oder

„Die anderen sind ja gar nicht wirklich da. Die gehen ja wieder. Die kommen nur. Die sitzen da irgendwo im Büro oder im Stadtplanungsamt. Aber wir sind die wirklichen Leute von hier.“

„Ich finde ein Nebeneinander schon sehr, sehr gut. Und genau das würde ermöglichen, dass Menschen an einem Ort unterschiedliche Vorstellungen von ihrem Leben realisieren könnten und was sie im öffentlichen Raum tun wollen.“

man sagt dann: „Was die sagen zählt nur, wenn sie kommen.“ Wenn der Polizist wieder weg ist, dann zählen wieder unsere Regeln, die Regeln der moralischen Ökonomie des Ortes. Weil wir sind hier und dieses Wir hier bedeutet, wir sind sozusagen authentisch, wir sind wahr, wir sind wirklich da. Die anderen sind ja gar nicht wirklich da. Die gehen ja wieder. Die kommen nur. Die sitzen da irgendwo im Büro oder im Stadtplanungsamt. Aber wir sind die wirklichen Leute von hier.

Diese Konstruktion einer lokalen Solidarität ist die grundlegende Voraussetzung für das Entstehen von Gewaltbereitschaft, die sich irgendwann auch realisieren muss. Denn es reicht nicht, Loyalität immer wieder zu beteuern. Sie muss irgendwann auch sichtbar und fühlbar sein und da kommt Gewalt ins Spiel. Es werden Situationen gesucht und geschaffen, in denen ich das sehen kann, in denen ich das überprüfen kann: „Aha, ja jetzt hast Du es auch einmal gezeigt. Du bist wirklich für mich da.“

### Was ist hieraus zu folgern?

Schlussfolgerungen überlasse ich immer gerne den hier versammelten Politikern. Ich denke aber nach wie vor, dass die Forschungsergebnisse aus der Stadtsoziologie von Chicago bis heute verdeutlichen, dass Wohnsegregation eines der wesentlichen Ursachen für Gewalt ist. Die soziale Abtrennung und das Entstehen von geschlossenen Gemeinschaften ist das Problem. Zudem bleiben die Nachbarschaftskonflikte, also beispielsweise ältere Franzosen versus Einwanderer, nach wie vor unvermittelt.

Es gibt in Frankreich ein Programm, ein Moderatoren- und Mentorenprogramm, aber das ist nicht die Vermittlung, die wir eigentlich bräuchten. Dringend wäre eine massive Präsenz von Menschen, die keinen Raum für diese Konflikte lassen. Ansonsten leiden immer die schwächeren Menschen am meisten. Ob das die Ausländer, Senioren oder die

Autochthonen sind, hängt immer davon ab, in welcher physischen Position sie sind. Wenn man dieses Recht des Stärkeren verhindern will, dann hilft eigentlich nichts anderes, als tatsächlich eine massive Intervention und Moderation der Zivilgesellschaft oder staatlicherseits, die aber trotzdem nicht einseitig Partei ergreift. Die Normen der Schwächeren durchzusetzen, wird diesen Konflikt nur auf Dritte oder staatliche Stellen verlagern. Das konnte in Frankreich gut beobachtet werden.

Die Polizei versuchte angeblich die Älteren und die einheimischen Franzosen zu schützen, zumindest hatte Sarkozy dies versprochen und deswegen wurde er auch in den Banlieues gewählt. Und genau das funktionierte schließlich nicht. Deswegen wäre mein Ansatz, wenn man Gewalt befördernde Faktoren verhindern, also reduzieren will, muss man mononormative Nutzungen reduzieren. Nur eine einzige Vorstellung von dem, was an diesem Ort geschehen darf und als angemessenes Verhalten gelten soll, kann es nicht geben. Ich halte die Vorstellung eines friedlichen Zusammenlebens durch Mischung teilweise für eine Überforderung für Stadtplanung und der Stadtgesellschaft. Ich wäre eher für ein friedliches Nebeneinander, nicht unbedingt für ein harmonisches Miteinander. Ich finde ein Nebeneinander schon sehr, sehr gut. Und genau das würde ermöglichen, dass Menschen an einem Ort unterschiedliche Vorstellungen von ihrem Leben realisieren könnten und was sie im öffentlichen Raum tun wollen.

Es handelt sich um die Abschrift des Vortrages, welcher auf dem Fachtag „Urbanität.Stadt.Gewalt – Konzepte zur Gestaltung und Prävention“ des Modellprojekt am 08.11.2017 gehalten worden ist.



## MODELLPROJEKT „URBANE GEWALT“

18

Das Projekt BP1301 „Urbane Gewalt“ wurde vom 01.10.2016 bis zum 31.12.2019 vom BMFSFJ im Rahmen des Bundesprogramms „Demokratie leben!“ und dem sächsischen Landespräventionsrat (SMI) gefördert. Über diesen Förderzeitraum wurden Fördermittel in einer Höhe von insgesamt 553.300,00 Euro bewilligt.

Das Projekt untersucht die Phänomene urbaner Gewalt in unterschiedlichen Sozialräumen. In Kooperation mit Anwohner\*innen, Multiplikator\*innen, staatlichen und zivilgesellschaftlichen Akteur\*innen sammelte das Projekt belastbare Angaben zum Vorkommen und zur subjektiven Wahrnehmung von Gewalt im städtischen Raum. Mit diesen wurden im Anschluss verschiedene Konzepte zur Prävention entwickelt, umgesetzt und erprobt. Viele der angeschobenen Konzepte wurden und werden von unseren Kooperationspartner\*innen vor Ort auch nach dem Abschluss der Modellprojektförderung fortgesetzt, so zum Beispiel das im Rahmen des Projekts entwickelte Ausbildungsmodul „Gewalt gegen Einsatzkräfte“.

Als Ergebnis des Projektes wurden verschiedene Materialien, wie beispielsweise Formulare zur statistischen Erfassung, aber auch verschiedene Publikationen erstellt, welche die Ergebnisse des Projekts über den Förderzeitraum hinaus verstetigen.

### Im Rahmen des Projekts entstandene Publikationen:

- Institut B3 e. V. (Hg): „**Linke Militanz – Ein Leitfaden zur Auseinandersetzung**“ (in Kooperation mit dem Zentrum für Demokratieforschung der Universität Göttingen), Göttingen, Dresden, 2019 [in Planung].
- Institut B3 e. V. (Hg): „**Kommunale Konzepte zur Prävention urbaner Gewalt – ein internationaler Vergleich**“ (in Kooperation mit dem Wissenschaftlichen Büro Leipzig, Dr. Nils Franke), Dresden, 2019.
- Institut B3 e. V. (Hg): „**Doch, es gibt Probleme...! – Handlungsempfehlung zum Umgang mit urbaner Gewalt – Abschlussbericht des Modellprojekts „urbane Gewalt“**“, Leipzig.

### Arbeitsweise des Projektes

Bei dem Konzept „urbane Gewalt“ handelt es sich um einen komplexen Begriff, bei welchem die Struktur großstädtischer Lebenswirklichkeiten große Relevanz besitzt. Unser Ansatz ist dabei, mit den Anwohner\*innen vor Ort darüber ins Gespräch zu kommen, welche Wahrnehmungen es gibt und ob sich gemeinsam Lösungsmöglichkeiten finden lassen. Hierzu wurden Bürger\*innen-Dialoge durchgeführt und Sichtweisen und Erkenntnisse gebündelt.

Ein besonderer Ansatz zur Auseinandersetzung mit den unterschiedlichen Wahrnehmungen von Gewalt setzten wir über soziokulturelle Mittel um. Aus Interviewmitschnitten verschiedener Akteur\*innen im Stadtteil Connewitz, darunter Wissenschaftler\*innen, eine Bürgerpolizistin, Geschäftstreibende und Senior\*innen, wurde beispielsweise ein Theaterstück entwickelt, welches dieses Kaleidoskop verschiedener Perspektiven zusammenfügt und dabei jede\*n einzelnen Besucher\*in die Möglichkeit bietet, die eigene Definition von Gewalt und das eigene Potenzial zu hinterfragen.

Zur Erreichung der Zielgruppe und der Irritation gängiger Narrative und vermeintlich verfestigter Identitäten haben wir zudem auf subkulturelle Kommunikationsmittel zurückgegriffen. Bei einem Plakatprojekt quer durch die Stadt Leipzig sammelten wir Perspektiven auf und Kritik an dem tradierten Bild von Leipzig als „Helden- oder Hipsterstadt“.

Einen besonderen Schwerpunkt im Projekt bildeten jene Phänomene, welche durch den in urbanen Strukturen vorherrschenden Dichtestress und die mit der Verdichtung menschlicher Interaktion einhergehenden Aufmerksamkeitszunahme begünstigt werden. Dies sind insbesondere Gewaltinteraktionen zwischen gesellschaftlichen Gruppen (wie beispielsweise die „3. Halbzeit“ zwischen Fußballhooligans), aber auch die Eskalationsdynamiken zwischen politischen Gruppen. Wir thematisierten in Kooperation mit den verschiedenen Verbänden das Aufkommen von Gewalt (z. B. Gewalt gegen Einsatzkräfte – Feuerwehr), entwickelten aber auch Weiterbildungen zur Sensibilisierung und zum Empowerment der Betroffenen Einsatzkräfte (z. B. Gewalt gegen Einsatzkräfte – Rettungsdienst).

### Was passiert mit den Ergebnissen des Projektes?

Neben der Sensibilisierung von Betroffenen und Verantwortungsträger\*innen war es uns wichtig, nachhaltig Strukturen zu schaffen, welche die Thematik weiterhin präsent halten. Einige unserer entwickelten Workshops für Einsatzkräfte werden beispielsweise in die Regelausbildung aufgenommen werden. Broschüren und Publikationen, die im Rahmen des Projektes entstanden sind, wurden gedruckt und veröffentlicht. Netzwerke und Strukturen, die durch die Arbeit an dem Projekt geschaffen oder vertieft worden sind, werden voraussichtlich auch über die Förderung des Projektes hinaus Bestand haben.

Gewaltphänomenen kann nicht mit einem Modellprojekt allein entgegengetreten werden. Es handelt sich um langfristige Prozesse, bei denen ein Modellprojekt Impulse setzen kann. Aus diesem Grund möchten wir mit vorliegender Broschüre Informationen und Erkenntnisse zum Umgang mit Gewalt weitergeben. Dabei gibt es kein Patentrezept, mit dem sich Konflikte nach einem beliebigen Schema abarbeiten lassen. Jede Kommune, jede Gemeinschaft ist anders, hat andere Konflikte und eine andere Vergangenheit, schöpft aus gänzlich anderen Ressourcen.

Es gilt, diese Ressourcen zu entdecken. Die Handlungsempfehlungen beantworten daher die Frage: Wie gehe ich damit um, wenn ich als Verantwortungsträger in meiner Kommune (oder einer anderen sozialen Gruppe) mit hartnäckigen Konflikten und Eskalationsstufen konfrontiert werde? Wie kann ich mich dieser Sache annähern?

Dabei sind wir an Ihren Erfahrungen interessiert!  
Konnte Ihnen mit diesen Empfehlungen geholfen werden?  
Sehen Veränderungs- und Anpassungsbedarf?  
Kommen Sie mit uns ins Gespräch!

19

# HANDLUNGSEMPFEHLUNG 1: ANALYSE DER AUSGANGSSITUATION.

Bevor ein Problem bearbeitet werden kann, ist es notwendig, dass es überhaupt als solches wahrgenommen wird. Dies klingt zunächst banal. Doch gerade im Bereich der Gewalt gibt es unterschiedliche persönliche Toleranzgrenzen. Was dem einen schon als übergriffiges Verhalten erscheint, wird von einer anderen Person vielleicht nicht einmal bewusst wahrgenommen. Hinzu kommt, dass gerade im Bereich des Sicherheitsempfindens, Statistik und gefühlte „Realität“ miteinander nicht in Verbindung stehen. Dem diffusen und emotionalen Unsicherheitsgefühl ist mit rationalen statistischen Zahlen nicht beizukommen. Hierzu bedarf es anderer Methoden.

## A Problemwahrnehmung und Problemerkennnis

An erster Stelle steht dabei die Identifizierung des Problems. Zunächst sollte geschaut werden, was von wem als problematisch wahrgenommen wird. Dabei ist es wichtig, die verschiedenen Perspektiven ernst zu nehmen. Jedes Gemeinwesen hat dabei seine eigenen Schwerpunkte. Eine Kleinstadt im Grenzgebiet findet andere Herausforderungen vor, als eine Großstadt im Ballungsraum. So etwas ist von einem Verantwortungsträger allein nicht zu bewältigen. Hier bedarf es eines Netzwerkes von verschiedenen Perspektiven, gesellschaftlichen Gruppen und staatlichen sowie zivilgesellschaftlichen Akteuren.

## B Beteiligte und Betroffene ins Boot holen

Gerade die Bandbreite der Wahrnehmungen vor Ort machen es erforderlich, eine möglichst große Vielfalt von Perspektiven einzubeziehen. Dabei geht es nicht darum, möglichst alle zu befragen, sondern darum, die verschiedenen gesellschaftlichen Gruppen vor Ort im Diskurs mitzunehmen. Selbstverständlich wird es nicht möglich sein, immer alle einzubinden. Das Ziel der Verantwortlichen sollte es jedoch immer sein, die Voraussetzungen und Grundlagen für eine möglichst breite Beteiligung sicherzustellen. Dabei haben wir gute Erfahrungen in der Arbeit mit Multiplikator\*innen



Aktion #heldenoderhipster

gemacht. Der Vorteil dabei ist, dass die Verantwortungsträger\*innen einen konkreten Ansprechpartner haben, welche die verschiedenen Perspektiven der Betroffenen und Beteiligten in den Diskurs einbringen. Damit wird das Risiko des Ausschleichens der Problematik ohne Lösung deutlich minimiert. Ein weiterer Vorteil ist, dass Multiplikator\*innen die „Sprache“ der Zielgruppe sprechen. Diese Transferleistung ist eine oft unterschätzte Ressource der Bürgerbeteiligung und hilft, Entscheidungen nachhaltig zu kommunizieren.

## C Finde Zielgruppen, Multiplikator\*innen und Zugänge

Die Organisator\*innen kriminalpräventiver Netzwerke sollten neben politischen Verantwortungsträger\*innen der Landesebene, Ordnungsbehörden vor Ort, Bürgermeister\*innen der Kommunen, Polizei, freie Träger und wichtige Akteure der Zivilgesellschaft in die Meinungsbildungsprozesse einbinden. Dabei ist es elementar, Bürger\*innen Nähe herzustellen, Sorgen und Ängste ernst zu nehmen und die Menschen bei der Analyse der Situationen mit einzubeziehen.

Durch Meldeportale und Besichtigungen auf der Straße vor Ort oder Gesprächsrunden sollten Möglichkeiten der aktiven Beteiligung in der Analyse der verschiedenen Problemlagen geschaffen werden. Dazu braucht es geschultes und kompetentes Personal.

## FRAGEN ZUR REFLEXION:

- Was ist das Problem?
- Warum tritt es auf?
- Wer ist beteiligt/betroffen?
- Welche Zielgruppe, Multiplikatoren, Zugänge können wir vorfinden und mit welchen Angeboten einbinden?

## ERFAHRUNGEN AUS DEM PROJEKT:

**Wahrnehmung vs. Statistik:** Das Modellprojekt „Urbane Gewalt“ hat es sich zum Ziel gesetzt, die Diskrepanz zwischen gefühlter Unsicherheit und statistischer Empirie zu thematisieren. Besonders bei einem sensiblen und emotionalen Thema wie Sicherheit und Unsicherheit, gibt es eine große Bandbreite, die sich rationalen Erläuterungen allzu oft entzieht. Bei unseren Veranstaltungen, z. B. im Buddehaus in Gohlis im April 2018 oder unserem Fachtag im November 2017, wurde dieser Unterschied deutlich. Wir konnten feststellen, dass bereits durch das Gesprächsangebot auf Augenhöhe, welches wir durch Bürger\*innendialoge punktuell geschaffen haben, eine erste Erleichterung und Entspannung eintreten konnte. Zudem herrscht nach solchen Gesprächen ein großes Interesse vor, wie mit den Ergebnissen und der Problematik im Allgemeinen weiter verfahren wird. Dies ist eine wichtige Ressource für die kommunale Arbeit.



Thematisch beim Fachtag 2017

**Empirische Grundlagen sammeln:** Die Grundlage vernünftigen und verantwortungsvollen Handelns ist faktenbasiert. Daher war es für unser Projekt wichtig, den IST-Zustand zum Thema Gewaltphänomene festzustellen. Für unser Projekt

„Gewalt gegen Einsatzkräfte“ haben wir daher beispielsweise ein Formular für die Branddirektion Leipzig entwickelt und die Kamerad\*innen der Feuerwehren in der Nutzung geschult und für das Thema sensibilisiert. Das Anschauen und Wahrnehmen solcher Vorfälle ist eine wichtige Grundlage für die Entwicklung der Resilienz.

| Erfassungsbogen „Gewalt gegen Einsatzkräfte der Feuerwehr“ |                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                |                  |
|------------------------------------------------------------|------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------|------------------|
| Einsatz am:                                                | Einsatznummer:                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                 | Einsatzfahrzeug: |
| Aktenzeichen Polizei:                                      | falls vorhanden:                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                               |                  |
| Art des Einsatzes:                                         | <input type="checkbox"/> Rettungsdienst<br><input type="checkbox"/> Brandschutz<br><input type="checkbox"/> Technische Hilfeleistung                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                           |                  |
| Anzahl Opfer:                                              | mindestens eine 1 muss vergeben sein                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                           |                  |
|                                                            | <input type="checkbox"/> weiblich<br><input type="checkbox"/> männlich                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                         |                  |
| Anzahl Tatverdächtige:                                     | falls das Geschlecht und/oder die Anzahl der Tatverdächtigen unbekannt ist, dann hier die vermutete Anzahl eintragen und ggf. ergänzende Hinweise unter „Bemerkungen“ vermerken                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                |                  |
|                                                            | <input type="checkbox"/> weiblich<br><input type="checkbox"/> männlich<br><input type="checkbox"/> unbekannt                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                   |                  |
| Übergriffs-Kategorie:                                      | <input type="checkbox"/> Beschimpfung/Beleidigung<br><input type="checkbox"/> Bedrohung mittels Worten oder Gesten<br><input type="checkbox"/> Bedrohung mittels Gegenständen (außer Waffen)<br><input type="checkbox"/> Bedrohung mittels Waffe<br><input type="checkbox"/> Gewalt gegen Sachen (Sachbeschädigung)<br><input type="checkbox"/> körperl. Gewalt gegen Personen<br><input type="checkbox"/> körperl. Gewalt gegen Personen mit Gegenständen (außer Waffen)<br><input type="checkbox"/> körperl. Gewalt gegen Personen mit Waffe |                  |
| Folgen für Opfer:                                          | falls bekannt                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                  |                  |
|                                                            | <input type="checkbox"/> keine besonderen Folgen<br><input type="checkbox"/> Übergriff mit schweren Verletzungen<br><input type="checkbox"/> Arbeitsplatzwechsel<br><input type="checkbox"/> vorübergehende Dienstunfähigkeit<br><input type="checkbox"/> dauernde Dienstunfähigkeit                                                                                                                                                                                                                                                           |                  |
| Folgen für Täter:                                          | falls bekannt                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                  |                  |
|                                                            | <input type="checkbox"/> Hausverbot<br><input type="checkbox"/> Strafanzeige/Strafantrag                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                       |                  |

Ansicht des Erfassungsbogens „Gewalt gegen Einsatzkräfte“

**Narrative hinterfragen:** Die eigene Identität prägt unsere Wahrnehmung von der Welt und damit auch unser Handeln. Teil des Projektes war es daher auch, das Vorhandensein und die Einflüsse auf spezifische Stadtteilidentitäten zu überprüfen. Dies geschah beispielweise bei unserem Plakatprojekt: „Leipzig. Helden- oder Hipsterstadt?“, welches Ende 2018/ Anfang 2019 durchgeführt worden ist. Gibt es per se „gewaltvollere“ Narrative als andere? Wir konnten bei unseren Veranstaltungen und Projekten feststellen, so zum Beispiel bei den Vorarbeiten und Interviews zum Theaterstück „The sunset looks violent“, welches sich mit den unterschiedlichen Perspektiven von Gewalt im Stadtteil Connewitz auseinandersetzt, dass die mediale Darstellung und die gefühlte Realität der Anwohner\*innen vor Ort oft große Unterschiede aufweisen. Diese Zuschreibungen haben auch einen Einfluss darauf, welche Dynamik den öffentlichen Raum der Quartiere beherrscht. Daher sollten solche Narrative kritisch hinterfragt werden, um eine vorzeitige Stigmatisierung zu verhindern.

# HANDLUNGSEMPFEHLUNG 2: ZIELFÜHRENDE KOMMUNIKATION

Zwischenmenschliche Prozesse erfordern ein großes Maß an Verständigung, Abstimmung und Einbindung. Solche partizipativen Prozesse sind offen konzipiert. Ein gutes Ergebnis setzt daher eine große Schnittmenge von Beteiligten mit den Betroffenen voraus. Die Lösung der Probleme liegt vor Ort. Laden Sie die Betroffenen ein, am Prozess teilzunehmen und diesen mitzugestalten!

## A Augenhöhe

Dreh- und Angelpunkt einer gelingenden Kommunikation gerade auch über schwierige Themen ist der Respekt, die gegenseitige Wertschätzung und die Akzeptanz der Unterschiede. Ohne diese Grundlage kann es keinen nachhaltigen und tragfähigen Konsens im Meinungsbildungsprozess geben. Zeigen Sie Anerkennung für Engagement der Beteiligten und nehmen Sie deren Perspektive ernst!

## B Zielgruppengerechte Sprache

Die Gesellschaft in den Kommunen ist bunt und vielfältig. Entsprechend unterschiedlich sollte die Ansprache dieser Gruppen ausfallen. Tragen Sie dem durch eine empathische Kommunikation und einer zielgruppengerechte Sprache Rechnung. Nehmen Sie alle potenziell Beteiligten und Betroffenen mit.



## C Moderierend statt reglementierend

Die verschiedenen relevanten Netzwerke müssen nicht zwingend etwas miteinander zu tun haben. Wichtig ist, dass einzelne Vertreter\*innen miteinander in den Austausch kommen. Aufgabe der verantwortlichen Stellen sollte es vordringlich sein, die vorhandenen unterschiedlichen Sichtweisen zu bündeln und ergebnisoffen in einem Diskurs zusammenzubringen.

Der Weg ist dabei ein wesentlicher Teil des Zieles! Wenn Sie das „richtige“ Ergebnis eines solchen Diskurses schon vorab festlegen, werden Bürger\*innengespräche schnell zur Farce. Es gilt, neugierig und offen zu bleiben, gerade bei konfliktträchtigen Themen! Repressionsreflexe hemmen den Austausch.

## D Mut zur Lücke

Maßnahmen und Konzepte sollten im Sinne der Nachhaltigkeit gemeinsam mit der Zielgruppe entwickelt werden. Dies erfordert nicht zuletzt ein großes Vertrauen in die eigenen Fähigkeiten und die aller Beteiligten. Fehler, vermeintliche Umwege und manchmal Stagnation gehören zu einem lebendigen Prozess dazu. Sprechen Sie Schwierigkeiten nicht klein: Sprechen Sie sie an! Nur so kann eine gemeinsame Lösung gefunden werden.

Bürger\*innendialog 2017

## FRAGEN ZUR REFLEXION:

- Wann droht ein Verhandlungsabbruch?
- Wie muss der Prozess gestaltet sein, um jede Meinung wertschätzend hören zu können?
- Worauf können sich die Mitglieder einer Gesprächsrunde einigen?
- Wen kann ich mit ins Boot holen, um die Zielgruppe zu erreichen?

## ERFAHRUNGEN AUS DEM PROJEKT:

**Geeignete Formen der Ansprache finden:** Bevor wir Kooperationspartner\*innen in der freien Kultur/Soziokultur für unser Projekt gewinnen konnten, galt es die passenden Beziehungen zu knüpfen. Dies erwies sich 2017 noch als recht schwierig, da Subkultur sich oft eines eigenen Duktus und eigener Sprachkodizes bedient. Über Multiplikator\*innen gelang es uns schließlich, im Mai 2018 die Ausstellung „Wutanfall – Die Punkband im Visier der Stasi 1981 bis 1984“ in der BStU



Ankündigungsbanner der Ausstellung „Wutanfall – Die Punkband im Visier der Stasi 1981–84“ am Museum der „Runden Ecke“ in Leipzig

Außenstelle Leipzig zu unterstützen. Den Organisator\*innen gelang mit ungewöhnlichen Mitteln der Spagat zwischen subkultureller Aufarbeitung und Sensibilisierung einer breiten Öffentlichkeit.



2018 wurden Bereiche um die Eisenbahnstraße zur Waffenverbotszone erklärt

**Spezifische Perspektiven von sozialen Gruppen:** Bei unserem Einzelprojekt Bürgerdialoge kamen wir unter anderem auch mit der als hochgradig sensibel betrachteten Gruppe von Senior\*innen ins Gespräch. Wir vermuteten große Unsicherheitsgefühle, insbesondere was die persönliche Sicherheit auf der Straße angeht. Zudem erwarteten wir eine deutliche Diskrepanz zwischen statischer Empirie von Delikten und den wahrgenommenen Unsicherheitsgefühlen. Dies bestätigte sich in unserem Austausch im August 2017. Die wahrgenommenen Gefahren bezogen sich vornehmlich auf den öffentlichen Raum, nicht jedoch auf die Gefahren an der eigenen Haustür. Die altersbedingte Unsicherheit zeigte sich besonders dort, wo viele Menschengruppen aufeinandertreffen und die Übersichtlichkeit verloren geht, wie beispielsweise in städtischen Parkanlagen. So wurden junge Radfahrer\*innen als „Kampfradler“ wahrgenommen. Insbesondere dann, wenn sie sich die Gehwege mit Fußgängern und Kinderwagen teilen. Dieser Emotionalität und gefühlten Realität ist mit rationalen Statistiken nicht beizukommen.

**Deeskalative Gesprächsstrategien:** Die Bedeutung von wertschätzender Gesprächshaltung und die unmittelbare Auswirkung auf die Gesprächsdynamik wurde im Dezember 2018 im Einzelprojekt „Deeskalative Gesprächsstrategien – Oral History“ erprobt. Die Teilnehmer\*innen übten sich selbst in biografischen Interviews und reflektierten ihre Erlebnisse gemeinsam mit der Workshopgruppe. Dabei wurde besonders deutlich, welche prägende Wirkung Narrative auf die Identitätsbildung von Menschen hat und mit welchen Mitteln man diese sichtbar und hinterfragbar machen kann.

# HANDLUNGSEMPFEHLUNG 3: HALTUNG ENTWICKELN

Besonders in Zeiten eines zunehmend polarisierten Diskurses wird eine klare (innere) Haltung als sehr entlastend erlebt. Wenn deutlich ist, wo die Arena des demokratischen, wertschätzenden Diskurses verlassen wird, kann schnell und effektiv gegengesteuert werden. Dabei fungiert Haltung als ein Kompass in turbulenten Zeiten.

Klare Haltung nach außen kommuniziert, bietet besonders in Vereinen, Institutionen und Verwaltungen den Mitarbeiter\*innen und Mitstreiter\*innen einen festen Handlungsrahmen für eigenverantwortliche Entscheidungen. Dies erleichtert es auch, mit Schwierigkeiten und Querschlägen umzugehen.



Eingang zu den Cammerspielen Leipzig e.V. im Werk 2

## A Klar kommunizieren (nach innen und außen)

Eine klare Haltung zeigt sich vornehmlich in einer klaren Kommunikation. Stecken Sie daher gegenüber Ihren Mitarbeiter\*innen einen klaren Handlungsrahmen ab. Am besten gelingt dies in einem offenen Gesprächsprozess. Zeigen Sie auch nach außen diese Übereinstimmung, um Missverständnisse und unnötige Reibungen zu vermeiden.

## B Eigene Leitlinie finden

Gemeinsame Leitlinien fördern die Identifikation und bieten Handlungssicherheit. Hierzu gehört beispielsweise, dass die Anwendung von Gewalt eindeutig verurteilt wird bzw. ein friedliches, offenes und tolerantes Miteinander festgehalten wird. Erarbeiten Sie diese Leitlinie gemeinsam mit Ihren Mitarbeiter\*innen in moderierten Gesprächen. Berücksichtigen Sie von Zeit zu Zeit sich verändernde Umstände und passen Sie die Leitlinien gegebenenfalls an. Kommunizieren Sie diese auch proaktiv nach außen.

## C Persönliche Grenzen

Zur eigenen Haltung gehört auch die Reflexion über die persönlichen Grenzen und deren Akzeptanz. Man muss – auch als Verantwortungsträger\*in – nicht alles können. Suchen Sie sich daher Verbündete und Helfer\*innen, mit denen Sie gemeinsam Ihre Strategie umsetzen können. Delegieren Sie Verantwortung und bleiben Sie in Kontakt.

## D Grenzen akzeptieren

Konfliktsituationen können schnell eskalieren, vor allem, wenn die Beteiligten Unsicherheiten im Umgang verspüren. Trainieren Sie schwierige Situationen, spielen Sie mögliche Handlungsszenarien durch. Dies sensibilisiert für die Thematik, schafft Handlungssicherheit und fördert empathische Reaktionen.

## FRAGEN ZUR REFLEXION:

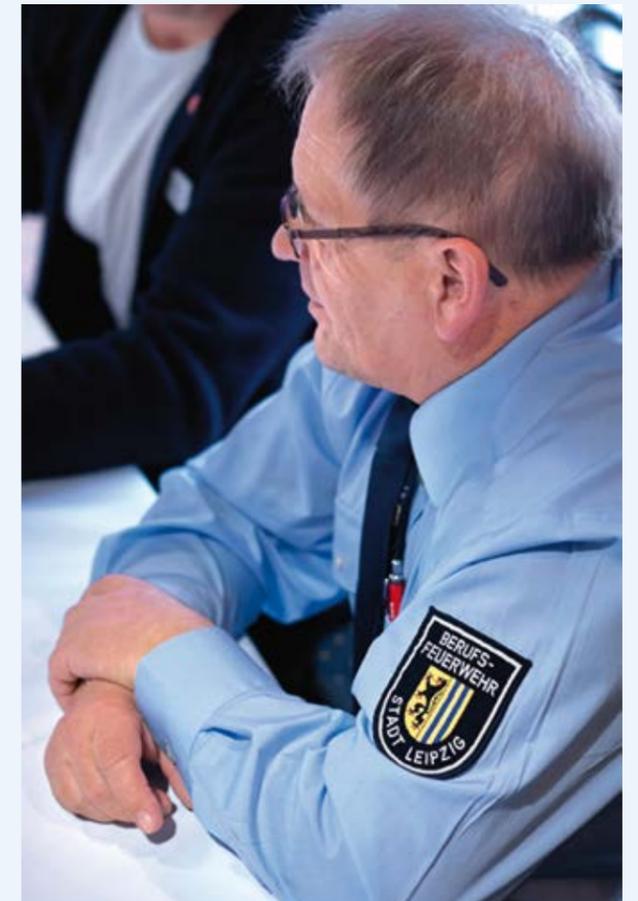
- Wo sind meine Grenzen? Wo habe ich einen größeren Handlungsspielraum?
- Was brauche ich, um mich in dieser Sache gut zu fühlen?
- Was triggert mich und wie wird das ausgelöst?
- Was ist verhandelbar? Was kann ich nicht zur Verhandlung freigeben?

## ERFAHRUNGEN AUS DEM PROJEKT:

**Grenzen akzeptieren:** Zunächst hatte das Modellprojekt Schwierigkeiten im Kontakt mit Trägern der Soziokultur/Freien Kultur, da es einige Vorbehalte hinsichtlich der zugrundeliegenden Motivation des Projekts gab. Vor diesem Hintergrund wurde uns bewusst, dass wir nur mit einem großen Maß an Freiraum für die Träger ein solches Projekt in Connewitz anfassen können. Dazu gehört auch, dass ein Projekt in diesem Sozialraum zum Thema „Urbane Gewalt“ nur akzeptiert werden kann, wenn der Gewaltbegriff weit gefasst und von der expliziten Auseinandersetzung mit rechtsextremistischer Gewalt flankiert wird. Das entstandene Theaterstück „The sunset looks violent“ vereint performative Zugänge zur Meinungsvielfalt in Connewitz mit solider Recherche über die Grenzen der sozialen Gruppen hinweg.

### Schwierigkeiten mit dem Begriff „Urbane Gewalt“:

Als zunehmend kritisch erwies sich die Begrifflichkeit „urbane Gewalt“, welche als eine kodierte Diffamierung von linken Lebenswelten und Selbstverständnissen empfunden worden ist. Hier reagierten wir mit einer offenen Ansprache und maximaler Transparenz hinsichtlich unserer Projektziele, Fördermittelgeber und Maßnahmen, was sich langfristig als nachhaltiger und guter Umgang erwies.



Teilnehmer\*innen am Fachtag 2017

**Sensibilisierung im Einsatz:** Bei unserem Einzelprojekt „Gewalt gegen Einsatzkräfte“ wurde nach einer statistischen Bestandaufnahme klar, dass Gewalt im Einsatz durchaus eine belastende psychische Situation für die Einsatzkräfte der Feuerwehr und des Rettungsdienstes darstellt, dass es aber andererseits schwierig ist, diese Belastung auch zu verbalisieren. Durch die Ubiquität von Gewalt im Einsatz stellt sich mitunter eine fatalistische Resignation ein. Hier setzte der Workshop an und entwickelte und erprobte Ausbildungsmodulare, welche die Einsatzkräfte im Umgang mit Gewalt schulen. Neben der Sensibilisierung für das Thema und die Hilfestellung zur Verbalisierung, erwies sich der Ansatz der Eigensicherung als Praxismodul als hilfreich für die gefühlte Souveränität der Einsatzkräfte.

# HANDLUNGSEMPFEHLUNG 4: AKTIVE UMSETZUNG

Neben der Lösung von akuten Konfliktsituationen vor Ort besteht eine zentrale Herausforderung gerade darin, künftige Krisensituationen mit den dem Gemeinwesen zur Verfügung stehenden Ressourcen lösen zu können. Ein lösungs- und ressourcenorientierter Ansatz hat zur Voraussetzung, dass die Beteiligten als Experten\*innen ihres sozialen Nahraums sowie der jeweiligen Fragestellung verstanden werden. In der Umsetzung der Projekte spiegelt sich die erworbene Haltung wider. Dabei gilt es, die Umstände und Prozesse der Umsetzung passend zu gestalten.

## A Verantwortung – Umsetzung nicht in einer Hand – Delegieren können

Gewaltprävention auf kommunaler Ebene besteht nicht allein aus der Schaffung von innerer Sicherheit, sondern umfasst beispielsweise auch soziale und wirtschaftliche Aspekte. Dies erfordert ein breites Bündnis an Kooperationspartner\*innen und tiefergehende gesellschaftliche Debatten. Bringen Sie sich als Verantwortungsträger\*in in die Lage, damit umzugehen. Dies funktioniert am besten, wenn Sie nicht allein, sondern mit Kooperationspartner\*innen zusammenarbeiten. Es ist hilfreich, selbstbewusst und zuversichtlich an die Bewältigung anstehender Herausforderungen heranzugehen.

## B Angemessene Ressourcen bereitstellen

Die genannte Vielzahl an Faktoren, welche in eine erfolgreiche kommunale Gewaltprävention hineinspielen, setzen einen umfassenden Umgang mit Gewaltphänomenen voraus. Dies erfordert Ressourcen. Stellen Sie daher sicher, dass für den zielführenden Umgang mit urbaner Gewalt genügend Ressourcen bereitgestellt werden. Dies gilt für sowohl die Förderung von Projekten und Maßnahmen, sowie für die Sicherung der Personaldecke und die kontinuierliche Qualifizierung von Multiplikator\*innen.

## C Strukturen und Netzwerke schaffen

Gewaltprävention versteht sich als langanhaltende vorbeugende Arbeit. Dieser sollte ein differenziertes und umfassendes Gewaltverständnis zu Grunde liegen. Es ist wichtig, sowohl Prävention als auch Intervention im Gemeinwesen miteinander in Austausch zu bringen. Daher sollten Sie bei den Strukturen und Netzwerken darauf achten, dass die Expertise der Leute gehört werden kann, die von den Lösungen betroffen sind bzw. diese umsetzen sollen.

## D Fehlerkultur

Da es sich bei kommunaler Gewaltprävention nicht um eine statische Herangehensweise handelt, sondern um ein dynamisches Vorgehen, dessen Bedingungen einem steten Wandel unterworfen sind, sollten Sie dies als lernenden Prozess begreifen. Fallen Sie nicht in Repressionsreflexe, sondern versuchen Sie, neue Wege zu gehen und Fehler als Chancen zur Verbesserung und zur Reflexion wahrzunehmen.



Austausch beim Fachtag 2017

## FRAGEN ZUR REFLEXION:

- Welche Prozesse muss ich unbedingt in meiner Hand lassen? Wo kann ich Dinge delegieren?
- Was kann ich aus vorhandenen Schwierigkeiten lernen? Was brauche ich, um damit gut umgehen zu können?
- Wer sollte wie in den Prozess eingebunden werden? Wer hat Expertise und ein Interesse an einer Lösung?

## ERFAHRUNGEN AUS DEM PROJEKT:



Ausflug des Projekts Kindersicherheit im Stadtteil

**Verweis auf mögliche Beratung:** Da wir als Träger der mobilen Beratung Teil des Demokratiezentrum und der LAG Vielfalt sind, ist es uns wichtig, dass wir bei jenen Fällen, die uns bekannt werden und die die Kompetenzen und Ressourcen unseres Modellprojektes übersteigen, an relevante Beratungsstellen verweisen.

**Umgang mit sprachlichen Schwierigkeiten:** Das Einzelprojekt Kindersicherheit im Stadtteil im Stadtteil Neustadt-Neuschönefeld wurde im Sommer 2019 im Rahmen der offenen Kinder- und Jugendarbeit des SoJa e.V. umgesetzt. Im Treffpunkt „Kellerei“ kommen insbesondere Kinder mit Migrationshintergrund zusammen, um miteinander zu spielen und zu lernen. Die sprachliche Hürde bei diesem Empowermentprojekt stellte eine große Herausforderung dar. Ziel war, Hemmschwellen hinsichtlich kommunaler Hilfsangebote abzubauen und einen positiven Erstkontakt zu fördern, weshalb wir bei-



Eingang zur Kellerei (SoJa e.V.) in der Heilig-Kreuz Kirche Leipzig

spielsweise die Polizeiwache oder auch Schulsozialarbeit vor Ort besuchten. Wichtige Begrifflichkeiten der deutschen Institutionen sollten auch in deutscher Sprache verinnerlicht werden, bei den Ausführungen und Erklärungen dazu halfen sich die Kinder gegenseitig mit ihren Dolmetscherfähigkeiten, was das Zusammenhörigkeitsgefühl der Gruppe stärkte. Im Anschluss hielten die Kinder die einzelnen Stationen steckbriefartig in einem selbstgestalteten Stadtplan fest.

**Vernetzung mit Akteur\*innen vor Ort:** Um eine wirkungsvolle Gewaltprävention in Grünau zu verstetigen, erarbeiteten wir im Einzelprojekt „Das Gegenteil von Gewalt“ im Jahr 2018 mit Akteur\*innen vor Ort ein Präventionskonzept, das vorhandene Ressourcen des Stadtteils untersuchen und zur Schaffung neuer Synergien vernetzen sollte. Hieraus ergab sich ein arbeitsfähiges Netzwerk von Akteur\*innen der offenen Sozialarbeit, der Kinder- und Jugendhilfe sowie der Schulsozialarbeit und anderen Trägern. Ausgehend von den Netzwerken des Quartiersmanagements Grünau fand sich diese Gruppe zu Workshops und Diskussionsrunden zusammen und entwickelte bedarfsgerechte, neue Qualifizierungsmaßnahmen für die Akteur\*innen.

# HANDLUNGSEMPFEHLUNG 5: PROZESSBEGLEITENDE EVALUATION

Es ist wichtig, dass die Projekte, Maßnahmen und Strategien nachhaltig angelegt werden. Im Sinne einer fehlertoleranten Herangehensweise sollten angemessene Lösungen laufend entwickelt und angepasst werden. Dies erfordert eine fortlaufende Reflexion darüber, ob die angewandten Mittel auch entsprechende Ergebnisse liefern. Dabei sollte die Evaluation in einem ersten Schritt intern erfolgen, durch Standards und geregelte Prozesse. Aber auch externe Evaluation kann wichtige blinde Flecken aufdecken.

## A Einschätzung, wie mit Problem umgegangen wird

Im Bereich der urbanen Gewaltphänomene sollten Sie die Ziele, die Sie festgelegt haben, während der Umsetzung überprüfen. Angemessene empirische Grundlagen sind für die Erfolgsevaluation nötig. Prüfen Sie intern die Umsetzung Ihrer Maßnahmen und Projekte und benennen Sie klar eventuell aufgetretene Schwierigkeiten.

## B Transparenz

Gerade die systemische Herangehensweise erfordert insbesondere im Hinblick auf Erfolge und Ergebnisse von Maßnahmen ein großes Maß an Transparenz. Bleiben sie daher im Gespräch

mit Ihrer Zielgruppe. Wir sind überzeugt: Das Problem ist vor Ort, die Lösung ist vor Ort. Ermöglichen Sie echte Beteiligung und stärken Sie die Verantwortung des Einzelnen.

## C Netzwerke funktionieren

Gut funktionierende Netzwerke sind mehr als die Summe ihrer Mitglieder. Durch die Kooperation kann die Verantwortung auf mehrere Schultern verteilt und Kompetenzen klar strukturiert werden. Prüfen Sie, wie selbstverständlich und zielführend diese Netzwerke miteinander verwoben sind und unterstützen sie diese. Es ist nicht nötig, dass immer alle Peer-Groups zusammen an einen Tisch kommen. Es kann auch sinnvoll sein, kleinere arbeitsfähigere – mitunter parallele – Netzwerke mit konkreten, klar abgegrenzten Verantwortlichkeiten zu fördern.

## D Austauschprozess

Eine Evaluation kann nur im Austausch mit den Beteiligten funktionieren. Wichtig ist, dass damit valide, also belastbare Daten generiert werden. Achten Sie auf regelmäßige Abstände der laufenden Evaluation. Bedienen Sie sich dabei in angemessener Weise des breiten Spektrums der verschiedenen Evaluationsmethoden: Sei es beispielsweise durch Mitarbeiter\*innen-Befragungen, durch Effizienz- und Effektivitätsanalysen sowie der Dokumentation von einzelnen Prozessschritten. Eine externe Evaluation kann hilfreich und entlastend sein.



Prozessbegleitende Evaluation

## FRAGEN ZUR REFLEXION:

- Wird die Zielgruppe angemessen erreicht? Wenn nein, warum nicht?
- Wer kann mir Rückmeldung zum Erfolg meiner Maßnahmen geben?
- Erfassen unsere Standards die gesamten Ergebnisse oder gibt es blinde Flecken?
- Wessen Expertise kann ich zur Einschätzung des Projekts ins Boot holen?

## ERFAHRUNGEN AUS DEM PROJEKT:

**Vernetzung von staatlichen und zivilgesellschaftlichen Akteur\*innen:** Um unsere Ergebnisse einem interessierten Fachpublikum vorzustellen und von diesem diskutieren zu lassen, organisierte das Institut B3 e.V. mehrere Fachtage so 2016 und 2017, aber auch 2019. Damit wird der Austausch zwischen Expert\*innen der Verwaltung und Expert\*innen der Praxis gefördert. Ansätze und Ergebnisse werden erfahrungsgemäß im offenen Konzept des Fachtags kritisch diskutiert und wichtige Impulse zum Voranschreiten des Projektes geliefert. Unsere Veranstaltungen werden laufend evaluiert, die Fachtagungen beispielsweise durch einen in der Tagungsmappe enthaltenen Evaluationsbogen.

**Projektergebnisse kritisch diskutieren lassen:** Um unsere Ansätze und Projekte einem breiten Fachpublikum bekannt zu machen, stellt die Projektleitung die Fortschritte des Projektes einem breiten akademischen Publikum zur Disposition, beispielsweise durch Vorträge zu bundesweiten Tagungen. Dies dient der kritischen Reflexion und grundlegenden Diskussion unserer Ansätze und ermöglicht eine permanente Rückbindung an aktuelle Forschungsergebnisse und Synergien mit ähnlichen Projekten bundesweit.



Deckblatt der Broschüre „Linke Militanz – Ein Leitfaden zur Auseinandersetzung“

**Broschüren als Gesprächsangebot:** Ziel unseres Modellprojektes ist es unter anderem unsere Ergebnisse einer breiten bundesweiten Zielgruppe zur Verfügung zu stellen. Dies erfordert eine Aufbereitung unserer Projekte und Ergebnisse in schriftlicher Form. Aus diesem Grund haben wir verschiedene Broschüren entwickelt, die als Gesprächs- und Diskussionsangebot verstanden werden können. Gerne sind wir bereit, mit den Rezipient\*innen ins Gespräch zu kommen und unsere Projekte und Ansätze laufend weiter zu entwickeln. Auch kritische Hinweise sind als Entwicklungspotenzial willkommen und werden intern ausgewertet.



Mike Brendel und Bernd Stracke auf dem Friedensfest in Ostritz 2019

## DAS INSTITUT B3

„Der Raum der Demokratie:

Das ist einer, in dem viele zu Wort kommen müssen,  
ja – in dem es aber auch ein paar geben muss, die zuhören.  
Dafür brauchen wir eine Kultur des demokratischen Streits.“

*Antrittsrede des neuen Bundespräsidenten*

*Dr. Frank-Walter Steinmeier vom 22. März 2017*

B3 – das Institut für Beratung, Begleitung und Bildung e.V. setzt sich ein für die Stärkung der demokratischen Kultur und deren Prozesse unter Beteiligung der Menschen vor Ort. Unsere Aufmerksamkeit gilt den Menschen in ihren vielfältigen Lebenskontexten und Wirkungsfeldern.

Individuelle Interessen geraten manchmal in Konkurrenz, unterschiedliche Ziele in Konflikt miteinander. Gesellschaftliche Spannungen stehen angesichts der dynamischen Entwicklung der Gesellschaft im 21. Jahrhundert immer wieder auf der Tagesordnung. Konflikte sind unvermeidlich. Die unterschiedlichen, auch widersprüchlichen Interessen herauszuarbeiten, sichtbar zu machen und gemeinsam Lösungswege zu finden – das ist eine unserer wichtigsten Aufgaben. Wir sind in diesem Bereich auch für Sie Ansprechpartner. Egal, ob Sie einer öffentlich-rechtlichen Institution, einer Schule, einer Initiative oder einem Verein angehören – wir unterstützen Sie mithilfe von vielfältigen Methoden, Formaten und langjähriger Erfahrung.

- Schritt für Schritt entwickeln wir gemeinsam Lösungen, die für die Situation und Bedürfnisse bei Ihnen vor Ort am besten geeignet sind. Wir beraten Sie über Möglichkeiten und Grenzen von Beteiligungsprozessen.
- Wir begleiten Sie dabei, die Ergebnisse von Beteiligungen in den politischen Prozess einzubinden.
- Wir bilden themenspezifisch aus, damit Sie Ihre Handlungs- und Gestaltungsmöglichkeiten weiter entfalten können.

➤ [www.institut-b3.de](http://www.institut-b3.de)

### Praktische Hinweise zur Broschüre

Konkrete Handlungsanweisung für Gewaltsituationen und den Phänomenbereich „urbane Gewalt“ allgemein zu geben, ist ein heikles Unterfangen. Zu komplex gestaltet sich die Situation vor Ort, zu unterschiedlich sind die einzelnen Gemeinwesen in ihren Ressourcen und Herausforderungen. Daher arbeiten wir beim Institut B3 mit dem systemischen Ansatz. Wir wollen Ihnen mit dieser Broschüre eine Hilfestellung geben, wie Sie sich dem Thema Gewalt in Ihrer Kommune, Ihrem Verein und Ihrem sozialen Umfeld nähern können.

Sie wollen hierzu eine Rückmeldung geben?  
Haben vielleicht Hinweise zur Broschüre oder weiteren Diskussionsbedarf?  
Sprechen Sie uns an und kommen Sie mit uns ins Gespräch: [info@institut-b3.de](mailto:info@institut-b3.de)



„Sie planen einen Bürgerdialog oder eine Diskussionsrunde vor Ort und wollen wissen, was Sie dabei erwartet? Unsere Broschüre hilft Ihnen bei der Vorbereitung, zeigt Möglichkeiten der Moderation auf und bietet Ihnen Unterstützung bei so manchem Fallstrick eines solchen Formats. Sie erhalten die Broschüre über unser Büro.“

# DANKSAGUNG

Wir danken dem Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend (BMFSFJ) für die Förderung des Projektes und die Beratung während der Laufzeit. Wir danken dem Landespräventionsrat des sächsischen Innenministeriums für die großzügige Unterstützung und Förderung des Projektes und die freundliche Kooperation.

An der Umsetzung des Projektes BP1301 waren als Kooperationspartner\*innen, Ansprechpartner\*innen und Unterstützer\*innen beteiligt:

Arbeitskreis Ost Leipzig, arriba Werbung und Plakat GmbH, Bildungsinstitut Mitteldeutschland der Johanniter-Akademie, Branddirektion Leipzig und Leipziger Feuerwehrverband e. V., Budde-Haus (FAIRbund e. V.), Bundesfachstelle „Linke Militanz“ Institut für Demokratieforschung Universität Göttingen, Bürgerverein Neustädtermarkt e. V., Cammerspiele Leipzig e. V., cinezara film, Deutscher Feuerwehrverband e. V., Heldenstadt Anders e. V. (i.G.) gemeinsam mit der BStU Außenstelle Leipzig,

Gegen Vergessen für Demokratie e. V., Giro e. V. / greater form, Hochschule für Grafik und Buchkunst (HGB) Leipzig, Interpool.tv, Kompetenzschlüssel Fort- und Weiterbildungen, KReDo Universität Leipzig, Landesarbeitsgemeinschaft Vielfalt (LAG Vielfalt), Landespräventionsrat Sachsen (LPR), ongoing project, Polizeidirektion Leipzig, Quartiersmanagement Grünau, Quartiersmanagement Ost, SoJA e. V., Stadt Leipzig Fachstelle für Extremismus und Gewaltprävention (Pfd), Stadt Leipzig Gebäudemanagement, Stiftung Friedliche Revolution, Studio Urbanistan, Transformhaus, TUCeD An-Institut für Transfer und Weiterbildung Universität Chemnitz, Werk 2 e. V., Wissenschaftliches Büro Leipzig (PD Nils Franke) und viele andere.

Herzlichen Dank an alle Unterstützer\*innen, Kooperationspartner\*innen, Akteur\*innen, Diskutant\*innen und Kritiker\*innen.

32

## IMPRESSUM

### Herausgeber:

Institut für Beratung, Begleitung und Bildung e. V. (B3)

Hospitalstraße 13  
01097 Dresden  
(0351) 86 27 63 11  
info@institut-b3.de  
www.institut-b3.de

### Verantwortlich:

Ulrike Geisler  
(Projektleitung „Urbane Gewalt“)

### Satz / Layout:

die superpixel, Leipzig

### Druck:

Flyeralarm

Dresden 2019

Foto Umschlag: Bernard Hermant / unsplash.com

Alle weiteren Fotos: Institut B3 e. V.

Die Veröffentlichungen stellen keine Meinungsäußerung des BMFSFJ oder des BAFzA dar. Für inhaltliche Aussagen trägt der Autor /die Autorin bzw. tragen die Autoren /die Autorinnen die Verantwortung.



Gefördert vom



Bundesministerium  
für Familie, Senioren, Frauen  
und Jugend

im Rahmen des Bundesprogramms

Demokratie **leben!**

sowie vom Freistaat Sachsen



SACHSEN



Landespräventionsrat  
Sachsen  
Einer mit Allen!  
[www.lpr.sachsen.de](http://www.lpr.sachsen.de)

Diese Maßnahme wird mitfinanziert  
mit Steuermitteln auf Grundlage  
des vom Sächsischen Landtag  
beschlossenen Haushaltes.